

Redebeitrag zur Verabschiedung des Kreishaushaltes  
des Odenwaldkreises am 7. Februar 2011 (Erich Krichbaum)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Gäste, die uns heute zuhören,

nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise, die auf Kosten der Allgemeinheit vorläufig aufgefangen werden konnte, sprudeln bereits wieder die Gewinne der Konzerne und Großbanken, während zugleich diejenigen Menschen, die am wenigsten haben und nur durch die Hilfe der Gemeinschaft überhaupt überleben können, verhöhnt und weiter entmündigt werden. 5 Euro, nicht einmal 1,5 % sollen die Hartz IV Leistungen steigen, weniger als die allgemeine Inflation !

Und die Leistungen zum Ausgleich der Nachteile für ihre Kinder sollen in Form von diskriminierenden Gutscheinen erfolgen, damit die allesamt dummen und unverantwortlichen Eltern das Geld nicht versaufen oder für überflüssigen Luxus zum Fenster hinauswerfen.

Auch wenn, was wir alle sicherlich begrüßen, die derzeitige Belebung des Wirtschaftsgeschehens auf höhere Steuereinnahmen und Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt hoffen lässt, so dürfte davon bei Rentnern, Niedriglohnempfängern, Leiharbeitern, Langzeitarbeitslosen und dauerhaft Arbeitsunfähigen kaum etwas ankommen.

Zu den Verlierern der Krise gehören auch die arbeitslos gewordenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die wachsende Zahl derjenigen, die um den Bestand ihres Arbeitsplatzes fürchten müssen und deswegen erpressbar sind, immer geringere Löhne zu akzeptieren.

So, wie es aussieht, gehören aber auch die Städte, Landkreise und Gemeinden zu den Verlierern. Denn nach wie vor werden sie nicht mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Was ist passiert ? Worin ist der merkwürdigen Zustand begründet, dass in einem der reichsten Länder der Welt die Kommunen kein Geld mehr haben für Bildung, soziale Fürsorge, für Jugendarbeit, Straßenbau, Vereine, Theater, all das, was das Leben in einer demokratischen und liebenswerten Gemeinde ausmacht ?

Zugleich aber lesen wir von maßlosen Bonuszahlungen an Manager, die ihre Unternehmen an die Wand gefahren haben, von Spekulanten, die letztlich für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind, von den Reichen und Superreichen, die ihre Milliarden auf Konten in der Schweiz und anderswo vor dem Finanzamt retten.

Und wir staunen, dass der Staat, der doch angeblich kein Geld hat und sparen muss, in kürzester Zeit Milliarden für bankrotte Banken bereitstellen und obendrein noch die Steuern für vermögende Haushalte, reiche Erben, Hoteliers und andere spezielle Gruppen senken kann.

Viele Kommunen aber – und so auch der Odenwaldkreis - müssen zur gleichen Zeit immer neue Kredite aufnehmen, um wenigstens ihre Pflichtaufgaben gerade so bewältigen zu können.

Von darüber hinausgehenden, so genannten „freiwilligen Leistungen“ gar nicht zu reden.

Diese werden von ihrem ohnehin bereits niedrigen Niveau auf ein noch niedrigeres abgesenkt. Sozialabbau !

Dringend notwendige Investitionen müssen gestreckt oder ganz zurückgestellt werden .

Sogar die Budgets der Schulen werden – inflationsbereinigt – geringer.

Früher sprach man davon, was man alles zu tun beabsichtige.

Heute können wir nur mit Bitterkeit feststellen, was wir dringend tun müssten, aber nicht tun können:

- Da ist zunächst die Verringerung unserer Schuldenlast, die nicht nur wegen der zu erwartenden Zinssteigerungen, wenn nichts geschieht, in eine unaufhaltbare Spirale nach unten führen wird.
- Da sind – zweitens - die eigentlich unverzichtbaren Investitionen im Bildungsbereich, die Schulen mit ihren Hallen und Schwimmbädern, ihrer Ausstattung für die Einführung des Ganztagsbetriebes, die Volkshochschule, die in die La-

Redebeitrag Verabschiedung Haushalt Oden-

ge versetzt werden müsste, mit niedrigeren Gebühren auszukommen und auch wieder kleinere Rücklagen zu bilden, der Odenwald-Campus, den wir alle wollen, der aber ohne Unterwerfung unter private Kapitalinteressen realisiert werden sollte.

- Da sind die Langzeitarbeitslosen, denen man, um einmal ein einzelnes Beispiel zu nehmen, von Ausnahmen abgesehen wenigstens gestatten können müsste, in ihrer angestammten Wohnung zu verbleiben, statt sie durch einen Umzug in weiteren sozialen Abstieg und Ausgrenzung zu zwingen.
- Da fehlt es an mehr Engagement für die öffentliche Daseinsvorsorge, die diesen Namen auch verdient, mehr Engagement für die sozial Schwachen und Benachteiligten. Unterstützung für Kinder armer Eltern beim Lernen, beim gemeinsamen Mittagessen in der Schule, bei den Fahrtkosten auf dem Schulweg.
- Da ist der öffentliche Nahverkehr, der jedes Dorf erreichen sollte, und der Schülertransport, der jedem Kind einen Sitzplatz gewährleisten müsste.
- Da ist die Verantwortung für die Umwelt, der man zum Beispiel mit der Umstellung der Heizungen auf alternative Technologien und der Förderung von privaten Hausbesitzern, wenn sie ihre Heizung umstellen, ein großes Stück gerecht werden könnte.

Diese Liste ist nicht vollständig. Schuldnerberatung, Personalpolitik/Leiharbeit, Krankenhauspersonal oder Straßeninstandhaltung wären weitere Stichworte.

Aber für all das gilt: Wir haben kein oder viel zu wenig Geld dafür.

Oder fehlt auch der politische Wille ?

Wie auch immer, wir sitzen schließlich zusammen und versuchen gemeinsam, so gut es eben geht, die wenigen Mittel, die uns noch verblieben sind, einigermaßen sinnvoll zu verteilen.

Mit anderen Worten, wir gestalten nicht mehr die Politik in unserem Landkreis, wir werden zu Mangelverwaltern degradiert.

Wie soll da Kommunalpolitik noch Spaß machen ?

Sie alle kennen die Zahlen. Wie zahlreiche andere Landkreise auch, können wir keinen ausgeglichenen Haushalt zustande bekommen.

Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es ohne ein Entschuldungsprogramm nicht mehr möglich sein wird, aus eigener Kraft dem Teufelskreis der Verschuldung zu entkommen.

Die Liquidität, um die laufenden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen und den bundes- und landesgesetzlichen Verpflichtungen bei den Sozialausgaben nachzukommen, kann im Odenwaldkreis und anderswo nur noch über ausufernde Kassenkredite hergestellt werden. Dies ist der finanzpolitische Dauerskandal, an den wir uns nicht gewöhnen dürfen.

Wir dürfen daher nicht nachlassen, das politische Gewicht der Kommunen mit aller Kraft dafür einzusetzen, um endlich ein neues, ein gerechtes Verteilungssystem zu erreichen.

Wie sollen wir nun also umgehen mit einem Haushalt, der unseren Vorstellungen, was im Odenwald nötig wäre, überhaupt nicht entspricht, von dem wir aber wissen, dass er unter den gegebenen Umständen gar nicht viel anders aussehen kann. Ein Haushalt, dessen Unzulänglichkeit nicht denen anzulasten ist, die ihn jetzt erarbeitet und vorgelegt haben, sondern den Verantwortlichen in Bund und Land, die die kommunale Finanzmisere seit Jahren sehen und dennoch nicht bereit sind, daran etwas zu ändern.

Wir bedanken uns bei Landrat Kübler und seinen Mitarbeitern für die gute Information über die Haushaltsplanung und für die große Mühe, Verständnis und Einvernehmen herzustellen. Daher hielten wir es nicht für fair, den Haushalt abzulehnen.

Aber aus den oben dargelegten politischen Gründen können wir einem solchen Haushalt auch nicht zustimmen.

Bei der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt werden wir uns daher der Stimme enthalten.

Den Haushalten von VHS und BIMO stimmen wir zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Redebeitrag Verabschiedung Haushalt Oden-